

## Analyse

**Ehud Barak** Israels Ex-Premier hat bei der Bank Bär angeheuert. *Von Claudia Kühner*

# Jetzt angelt er unter den Neureichen

Er hat sich einen neuen Job geangelt und die Bank einen neuen Mitarbeiter, der ziemlich vielversprechend erscheint. Ehud Barak, der einstige israelische Militär und Politiker, stösst zur Bank Bär, die voriges Jahr in Israel eine Niederlassung eröffnet hat. Als «special consultant» soll Barak potente israelische Kunden vermitteln. Ein Feld, in welchem sich Schweizer Grossbanken schon länger tummeln.

Dafür hat Barak nun Zeit, nachdem er mit den letzten Wahlen seine politische Karriere beendet hat. Er wusste, mit der kurz zuvor von ihm gegründeten Partei würde er in der Versenkung verschwinden.

Doch für seine neue Aufgabe bringt Barak die besten Voraussetzungen mit. Dass ein einstiger Linker und Vorsitzender der Arbeitspartei nun die Reichen und Schönen anwerben soll, ist nur scheinbar ein Widerspruch. Der in einem sozialistischen Kibbuz



aufgewachsene Barak ist längst zu einem Teil dieser israelischen Nouveaux Riches geworden, die per se in diesem Land eine neue Erscheinung sind.

Barak, der den grössten Teil seines Lebens in der Armee verbracht hat, beendete seine Karriere als Generalstabschef und als der meistdekorierte Soldat des Landes. Er galt als verwegenen Kämpfer und war an vielen Kommando- und Befreiungsaktionen beteiligt. So war er, als Frau verkleidet, in Beirut dabei, als ein PLO-Mitglied ermordet wurde.

Nach Ende der Armeekarriere 1995 ging Barak in die Politik und diente über die Jahre als Innen-, Aussen- und Verteidigungsminister und von 1999 bis 2001 als Premierminister. 1997 wurde er auch Chef der altherwürdigen sozialistischen Arbeitspartei. Deren rasanten Niedergang aber hat er nur beschleunigt, denn in dieser Rolle

war er längst unglaublich geworden. Mehr als alle seine Vorgänger, auch die rechtsnationalen, hat er den Siedlungsbau vorangetrieben. Immer mehr Menschen (die auch Wähler sind) stürzten sich zudem an seinem aufwendigen Lebensstil, der zu einem Sozialdemokraten einfach nicht passte. Die Kluft zwischen ihm und der Basis wurde stetig grösser, was sich in miesen Wahlergebnissen niederschlug.

Wollte die Partei schliesslich lieber in die Opposition, zog er es vor, in der rechten Regierungskoalition zu bleiben. Der Versuch, sich 2011 mit einer eigenen Parteigründung zu retten, ging ebenso schief.

Die Basis für ein Leben danach hatte er längst gelegt. Nachdem er 2001 die Wahl gegen Ariel Sharon verlor, tauchte Barak in die Businesswelt ein. Er wurde Partner einer amerikanischen Investmentgesellschaft, gründete eine eigene Firma und

machte offenkundig Millionengewinne. Womit genau, ist nicht so ganz klar, jedenfalls stammten die Einkünfte vor allem aus dem Ausland. Barak lebte nun in einer superteuren Wohnung in einem der Luxuswohntürme von Tel Aviv, wo dann seine Frau eine Haushaltshilfe schwarz beschäftigte.

Wie viele profitierte auch Barak von einem völlig liberalisierten Markt in Israel, wie er vor allem seit den 90ern vorangetrieben wurde. Nun plötzlich wuchs in diesem einst sozialistisch geprägten Musterland die Zahl der Millionäre, begünstigt auch durch eine florierende IT-Industrie. Heute spricht man von etwa 20 Familien, die Israels Wirtschaft dominieren. Kein Wunder, interessieren sich ausländische Vermögensverwalter für diese Klientel.

Und mittendrin Ehud Barak, der Partys für die Reichen und Mächtigen schmeisst und sie alle kennt in diesem kleinen Land.

**Aussenpolitik** Die Schweiz kann an der Spitze der OSZE viel gewinnen und wenig verlieren.

*Von Daniel Trachler\**

## Ein geschickter Schachzug

Die Schweiz übernimmt am 1. Januar 2014 den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Kaum ein Land beneidet sie um dieses Amt. Die OSZE, die sich für Sicherheit und Frieden im euroasiatischen Raum einsetzt, kämpft gegen Bedeutungsverlust. Organisationen wie die Nato und die EU haben ihr den Rang abgelassen. Zudem wirkt die Ost-West-Spaltung lähmend. Moskau steht der Nato-Osterweiterung und dem Raketenschutzschild kritisch gegenüber - und wirft der OSZE vor, Sicherheitsfragen zu wenig wichtig zu nehmen und Themen wie Menschenrechte und gute Regierungsführung übermässig zu betonen. Das hat den Graben zwischen den Nato-/EU-Staaten und Russland vertieft. Da in der OSZE die Konsensregel gilt, sind häufige Blockaden die Konsequenz.

**Die Schweiz tritt in der OSZE an, um als Brückenbauerin zwischen den Fronten zu wirken.**

Grosse diplomatische Durchbrüche, etwa im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle oder der institutionellen Reform der OSZE, sind 2014 nicht zu erwarten. Die Schweiz tritt an, um als Brückenbauerin zwischen den Fronten zu wirken. Am 2. Juli hat Bundesrat Didier Burkhalter in Wien die schweizerischen Ziele und Prioritäten in den Bereichen Sicherheit, Freiheit und Verantwortung vorgestellt. Im Vordergrund stehen Themen wie Versöhnung und Zusammenarbeit auf dem Westbalkan (Serbien/Kosovo), Dialog und Vertrauensbildung im Südkaukasus (Russland/Georgien), der bessere Schutz von Menschenrechten (zum Beispiel Bekämpfung von Folter, Minderheitenrechte) und der Ausbau der Mediationskapazitäten. Zudem will Bern einen Akzent setzen durch grösseren Einbezug der Zivilgesellschaft und speziell der Jugend.

Die Schweiz arbeitet dabei eng mit Serbien zusammen. Das Balkanland übernimmt 2015 den OSZE-Vorsitz. Der Hintergrund der Kooperation ist diplomatisch pikant: Westliche Länder wie die USA hatten die Schweiz 2011 zu

einer Kampfkandidatur um das OSZE-Präsidium gegen Serbien aufgefordert. Bern lehnte eine solche Instrumentalisierung ab und regte eine Tandem-Kandidatur mit einem gemeinsamen zweijährigen Arbeitsplan an. Damit schlug Bern zwei Fliegen mit einer Klappe: Die westlichen Vorbehalte gegenüber dem serbischen Vorsitz konnten entschärft und die bisher mit jedem Präsidium wechselnden inhaltlichen Prioritäten der OSZE zumindest ein bisschen nachhaltiger festgelegt werden.

### Perfektes Timing

Der OSZE-Vorsitz bietet der Schweiz Profilierungschancen in einer Zeit, in der sie besonders darauf angewiesen ist. International steht das Land an vielen Fronten unter Druck: Der Steuerstreit mit Washington schwelt nach dem Scheitern der Lex USA weiter. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) will, dass die Schweiz den automatischen Informationsaustausch einführt. Und die EU erwartet als Vorbedingung für weitere bilaterale Verhandlungen von Bern mehr Flexibilität bei der Lösung institutioneller Fragen.

Die Wahrscheinlichkeit ist gering, dass 2014 langwierige Konflikte wie jene um Berg-Karabach oder Transnistrien gelöst werden können. Doch als amtierender Vorsitzender erhält Aussenminister Burkhalter die Gelegenheit, die Schweiz in Washington, Paris, Berlin und Moskau in ein gutes Licht zu rücken - und dabei auch bilaterale Themen zur Sprache zu bringen. Die Kooperation mit Serbien hilft, das seit der Anerkennung von Kosovo getrübt Verhältnis zu Belgrad zu verbessern. Und der OSZE-Vorsitz ermöglicht der Schweiz, sich aussen- und innenpolitisch auf künftige multilaterale Aufgaben vorzubereiten. Der anvisierte Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 steht dabei im Zentrum.

Last but not least sind die internationalen Erwartungen tief. Niemand wird der Schweiz einen Vorwurf machen, wenn sie 2014 nicht alle Ziele erreicht. Der OSZE-Vorsitz ist aussenpolitisch ein geschickter Schachzug: Die Schweiz kann fast nur gewinnen.

*\*Daniel Trachler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.*



Der Beginn einer neuen Ära: Inbetriebnahme des Check-in-Automaten am Flughafen Zürich im Juli 2009. Foto: Keystone

**Innovation** Konsumenten leisten zunehmend Gratisarbeit. Und vernichten damit Arbeitsplätze. *Von Beat Metzler*

## Der Kunde bedient sich selbst

Einkaufen kann jeder, viel mehr als Geld braucht es nicht dazu - das war einmal. Zum Dasein als Kunde gehört längst ein breites Wissen über technische Abläufe. Sonst tippt man ratlos auf Maschinen herum. Jüngstes Beispiel sind die «Self-Check-out»-Kassen, die Migros und Coop breitflächig einführen wollen. An ihnen bedienen sich die Kunden selber: scannen Lebensmittel, packen sie ein, zahlen mit Karte. Das muss man erst einmal lernen.

Im Forum von «20 Minuten online» haben die Roboter-Kassen eine heftige Diskussion ausgelöst. Die einen freuen sich auf neutrale Effizienz: Maschinen stellen keine lästigen Fragen («Super-card?») und kennen keine Unfreundlichkeit. Andere befürchten eine seelenlose Abfertigung.

Die Roboter-Kassen führen eine Entwicklung fort, die 1883 mit dem ersten «automatischen Verkaufsbekälter für Zigarren» begann. Und die heute zunehmend den Alltag bestimmt: Die Konsumenten müssen immer mehr Leistungen selber erbringen, die einst Sache der Anbieter waren. Gemäss dem deutschen Soziologen Günter Voss stirbt der «passive Käufer-Kunde» langsam aus. Ihn ersetzt der «arbeitende Kunde».

Supermärkte haben kleinere Lebensmittelgeschäfte fast vollständig verdrängt. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzten sich Selbstbedienungsrestaurants auch in Europa durch. Globale Ketten wie McDonald's und Starbucks schieben heute selbst die Entsorgung auf ihre Gäste ab. Und bei Ikea übt sich der Kunde als Möbelbauer.

In den 70er-Jahren besiedelten Getränkeautomaten Bahnsteige und Strassenecken. Es folgten Bancomaten, Billettautomaten, Check-in-Maschinen an Flughäfen, Selbstbedienungswaagen in Supermärkten.

### Unabhängig von Öffnungszeiten

Internet und Smartphones haben diesen Prozess beschleunigt. Bankgeschäfte, Ferienplanung, Hotelbuchung, Kleiderkauf - wir haben uns daran gewöhnt, alles selbst am Computer zu erledigen. Dabei navigieren wir durch komplexe Systeme und meistern Aufgaben, die früher Spezialisten abwickelten.

Unternehmen stellen dies als Gewinn von Selbstständigkeit dar. Der Kunde bestimmt sein eigenes Tempo, befreit sich von Öffnungszeiten. Die Roboter-Kassen heissen «Self-Check-out». Das erinnert an «Selfmademan».

Selbst ist der Kunde. Die beste Bedienung heisst Selbstbedienung.

Es ist angenehm, um Mitternacht per Mausclick einen Flug zu buchen oder Konzerttickets zu kaufen. Doch hinter solchen Services steht ein anderes Hauptmotiv: Geld sparen. Der arbeitende Kunde ersetzt teure Angestellte. Kostenlos. Gemäss Günter Voss macht eine Auslagerung der Dienstleistungen nur selten günstiger. Der Gewinn fällt dem Betrieb zu. Kein Arbeitsvertrag regelt die Leistung der mitarbeitenden Konsumenten. Was als «Kundenorientierung» daherkommt, grenzt oft an Ausbeutung. Und wer nicht mitmachen will, wird von wichtigen Dienstleistungen ausgeschlossen.

Im Gegenzug verlieren Angestellte ihren Job. Die Grossverteiler beteuern, wegen der Roboter-Kassen keine Leute zu entlassen. Die Gewerkschaft Unia hat konkrete Hinweise, dass das Gegenteil geschieht. Stellen fürs Verkaufspersonal verschwinden. Und die Entwicklung rast weiter. Bald werden wir im Supermarkt eine Handy-App fragen, wo sich der Ingwer befindet. Dann scannen wir mit dem Telefon dessen Preis ein.

Wir werden künftig noch mehr arbeiten in unserer Freizeit. Und das Ganze als Befreiung erleben.